

Wien, Freitag, den 13. April 1923.

Die Fleischteuerung. - Eine sozialdemokratische Anfrage im Gemeinderat.

Die Gemeinderäte Skaret, Emmy Freundlich, Amalie Pölzer und Genossen haben heute an den Bürgermeister die nachstehende Anfrage überreicht:

Die außerordentliche Verteuerung des Fleisches, unter der die Wiener Bevölkerung in den letzten Tagen so schwer zu leiden hatte und die noch immer anhält, ist nicht zuletzt auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen.

Da dieser Zustand von der Bevölkerung, die infolge der Auswirkung des Genfer Programmes ihre Lebenshaltung ohnedies immer mehr einschränken muß, auf die Dauer nicht ertragen werden kann, müssen mit der größten Beschleunigung Vorkehrungen getroffen werden, um den Fleischwucher zu bekämpfen und eine wesentliche Verbilligung des Fleisches herbeizuführen. Die Gefertigten richten daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob er unverzüglich mit der Bundesregierung Verhandlungen über folgende Angelegenheiten einleiten will.

1.) Es ist seitens der Gemeinde Wien darauf hinzuwirken, daß die Warenumsatzsteuer und die Ausgleichsabgabe von $1\frac{1}{2}$ Prozent für den Viehimport nicht eingehoben wird, da diese Steuern den ausländischen Verkäufer abschrecken und das Fleisch verteuern. Ebenso müsste eine starke Ermäßigung der Frachttarife für Lebendvieh und Fleisch vorgenommen werden. Auch der hohe Zoll auf ausländische Wurst, der nur zu leicht Gelegenheit gibt, die inländischen Wurstwaren im Preise höher anzusetzen, wäre aufzuheben.

2.) Es ist seitens der Gemeinde ^{Wien} an die Regierung heranzutreten, daß sie zur Unterstützung der Bemühungen des Bürgermeisters sofort mit Rumänien wegen der Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Lebendvieh verhandelt. Sollten diese Verhandlungen nicht den gewünschten Erfolg bringen, wäre die Angelegenheit im Nationalrat zu behandeln.

3.) Es ist seitens der Gemeinde Wien die Regierung aufzufordern, daß sie durch Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen eine Vermehrung des heimischen Auftriebes herbeiführt. Da die Kontrolle der Ausfuhrbewilligungen für Zuchtvieh heute höchst mangelhaft ist, wäre die Regierung aufzufordern, daß dazu auch Vertreter der Konsumenten herangezogen werden. Die Ausfuhr soll überhaupt nur dann gestattet werden, wenn als Ersatz für das ausgeführte Zuchtvieh entsprechendes Schlachtvieh eingeführt wird.

4.) Es ist seitens der Gemeinde Wien die Regierung zu ersuchen, sie möge unverzüglich eine Enquete der Fleischverarbeitenden Gewerbe und der Konsumenten einberufen, in der eine schärfere Kontrolle der Fleischpreise beraten und Maßnahmen gefordert werden sollen, die eine Erleichterung des Viehverkehrs innerhalb des Verkehrsgebietes der Stadt Wien herbeizuführen geeignet sind. Es kommt noch immer vor, daß Viehtransporte vom Wiener Westbahnhof bis nach St. Marx zwei bis drei Tage ^{was} dauern, ^{ist,} obendrein mit großen Kosten verbunden, weshalb dieser Uebelstand vom Bundesministerium für Verkehrswesen schleunigst abgestellt werden muss.

Auf diese Anfrage hat der Bürgermeister bereits in der heutigen Sitzung eine Antwort erteilt, in der zunächst die Ursachen der gegenwärtigen Fleischteuerung dargelegt werden. Es wird darin angeführt, daß die Beschickung des Wiener Zentralviehmarktes aus Rumänien bald 50 Prozent des Gesamtauftriebes erreichte, ja sogar an zwei Markttagen überstieg. Der Bürgermeister verweist sodann auf die von der Gemeinde gegen

die Fleischteuerung ergriffenen Maßnahmen, insbesondere die Verhandlungen mit der rumänischen Regierung, sowie auf die Tätigkeit der Marktämter zur Kontrolle des Fleischwuchers und fährt dann fort:

Leider ist der Erfolg dieser gegen Fleischhauer bei den Strafgerichten erstatteten Anzeigen kein günstiger. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gerichte infolge ihrer bekannten starken Ueberlastung nicht rasch zur Erledigung dieser Anzeigen kommen, so daß, wenn es endlich zur Verhandlung kommt, die zur Zeit der Beanständung übermäßigen Preise als bereits weit überholt erscheinen. Dazu kommt noch, daß die Gerichte die Sachverständigen, die zur Beurteilung der Preisangemessenheit berufen werden, zumeist aus der Reihe der Mitglieder der Genossenschaft der Fleischhauer entnehmen, die subjektiv wohl einwandfrei sind, objektiv jedoch die aufgeworfenen Fragen vielleicht nicht so beurteilen, wie die Beamten des Marktamtes.

ich,
Aus dieser Darstellung kann wohl entnommen werden, daß ^{ich,} was in den Wirkungskreis der Gemeinde fällt, getan habe, um gegen die außerordentliche Verteuerung des Fleisches anzukämpfen. Die in den Punkten 1 bis 4 der Anfrage gemachten Anregungen sind nach meiner Ansicht zweifellos geeignet, eine Verbilligung des Fleisches in Wien herbeizuführen. Die Durchführung dieser Maßnahmen fällt aber nicht in den Wirkungskreis der Gemeinde. Hervorheben möchte ich zum Schluß noch, daß die Anfrage insbesondere mit Recht eine starke Ermäßigung der Frachttarife für Lebendvieh und Fleisch verlangt, da diese gegenüber den Friedenssätzen um rund das 12.500fache erhöht wurden, während die Summe aller städtischen Markt- und Schlachthausgebühren sich gegenüber der Vorkriegszeit nur auf das 6.600fache stellt.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Sitzung vom 13. April 1923.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung

Zu den Posten 1, 5, 6, 7, 8, 10, 14, 15, 16, 17, 18, 19 und 20 ist niemand zum Wort gemeldet, der Bürgermeister erklärt schon diese Postnummern für angenommen.

GR. Bombeck (Soz. Dem.) beantragt die Genehmigung eines Nachtragskredites von 2.25 Milliarden für die Errichtung einer neuen Kesselanlage im Gaswerke Simmering.

GR. Angermayer (chr. soz.) wendet sich gegen die Art der Verrechnung dieses Kredites, der ganz aus den Betriebseinnahmen zu decken sein wird. Dieser Vorgang wiederhole sich öfter im Jahre und auch heute werden Nachtragskredite in der Höhe von 4.1 Milliarden für Investitionen verlangt, die durchwegs zu Lasten der Betriebseinnahmen verrechnet werden. Gegen diese Art der Geschäftsführung, welche unbedingt ^{auf} die Preisbildung des Gases ungünstigen Einfluß nehmen müsse, legen die Christlichsozialen entschiedenen Protest ein, weil sie, wie schon wiederholt betont wurde, Anschauungen vertreten, daß Investitionen aus einem eigenen Investitionsfond zu bestreiten seien.

Der Referent entgegnet, von einer ungünstigen Beeinflussung des Gaspreises könne gar keine Rede sein, weil die Mehrbelastung pro Jahr und Kubikmeter kaum 10 K betragen. Er möchte nicht untersuchen, welche viel tiefer einschneidende Wirkung die neue Warenumsatzsteuer auf verschiedene notwendige Artikel haben wird.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Hiesl (Soz. Dem.) beantragt eine Subvention von 5 Millionen Kronen an die biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften in Wien pro 1923.

Zweiter Bogen.

GR. Panosek (chr. soz.) verweist darauf, daß dem Technischen Museum für das Jahr 1920 eine Subvention von 350.000 Kronen bewilligt und bis heute nicht erhöht wurde. Er appelliere an den Referenten, das kürzlich eingebrachte Ansuchen des Technischen Museums um entsprechende Erhöhung der Subvention wohlwollend zu behandeln, möglichst rasch zu erledigen.

Nachdem der Referent erklärt hatte, daß das Subventionsgesuch so behandelt werden wird, wie es dem Interesse der betreffenden Körperschaft entspricht, wird der Antrag angenommen.

GR. Müller Rudolf (Soz. Dem.) beantragt für Strassenherstellung und Neupflasterung der Josef Friedelgasse in Döbling das Erfordernis von 200 Millionen zu genehmigen.

GR. Huber (chr. soz.) bemängelt, daß in den äußeren Bezirken die Strassen nicht hergestellt werden. So läßt die Strassenpflasterung in Hietzing sehr viel zu wünschen übrig, da dort nicht einmal noch die bereits bewilligten Strassenherstellungen durchgeführt sind.

GR. Karasek (chr. soz.) führt aus, daß die Christlichsozialen wiederholt die Herstellung dieser Strasse verlangt haben, was aber immer wieder abgelehnt wurde. Jetzt wird die Arbeit wohl nur deswegen ausgeführt, weil ein sozialdemokratischer Bezirksvorsteher eingeschritten ist. Schliesslich wäre es schon längst Pflicht der Gemeinde gewesen, diese Strasse herzustellen, da sie die einzige Verbindung zu dem Sportplatz ist und die Gemeinde aus dem Fußballmatch viele Millionen an Lustbarkeitssteuer bekommt. Es gibt in Döbling auch noch andere Strassen, die sich in einem unbeschreiblichen Zustand befinden. So ist es unmöglich, bei schlechtem Wetter die Krottenbachstrasse, Pantzergasse oder Budinskygasse zu passieren. Die gegenwärtige Mehrheit hat bekanntlich 21 Strassenaufseher angestellt, von deren Tätigkeit leider nichts verlautet. Es besteht der begründete Verdacht, daß Sie für Ihre engeren Freunde neue Posten geschaffen haben. Wir verlangen ernstlich, daß die Beschwerden und Wünsche, die wir im Namen der Bevölkerung vorbringen berücksichtigt werden.

GR. Rotter (chr. soz.) meint, daß die Methode, nach der jetzt die Strassenherstellungen durchgeführt werden, ganz unverständlich wäre. Es werden Strassen gepflastert, die gar nicht so dringend reparaturbedürftig sind, während ganze Strassenzüge, die sich in ungemein schlechtem Zustand befinden, nicht berücksichtigt werden. Es wäre höchste Zeit, daß die Herstellung der Josefstädterstrasse und Florianigasse durchgeführt wird.

GR. Müller (Schlußwort): Die Gemeinde kann natürlich nicht auf einmal die Sünden, die während des Krieges an den Wiener Strassen verbrochen worden sind, gutmachen. Für das Jahr 1923 sind 70 Milliarden Kronen in den Voranschlag für Strassenherstellungen eingesetzt worden, und ein Gang durch die Wiener Strassen zeigt, daß mit Hochdruck gearbeitet wird.

GR. Müller (Soz. Dem.) referiert über Mehrerfordernisse, die sich bei der Makadamisierung der Börsegasse, Erdbergstrasse, Dreherstrasse, Heiligenstädter- und Groß Enzersdorferstrasse ergeben haben. Die Gesamtkosten dieser Arbeiten ^{würden} mit rund 387 Millionen Kronen berechnet, es waren aber nur 196 Millionen Kronen veranschlagt. Es wird daher die Genehmigung des Mehrerfordernisses von rund 191 Millionen Kronen beantragt.

GR. Schmältzer (chr. soz.) verlangt, daß die Strassenzüge, die zu den Simmeringer Gärten führen, hergestellt werden. Die Instandsetzung der Dreherstrasse scheint nur deswegen vorgenommen worden zu sein, da dieser Strassenzug von den Fuhrwerken der Hammerbrotwerke befahren wird.

GR. Müller (Schlußwort): Die Dreherstrasse wird außerordentlich stark befahren und befand sich in so schlechtem Zustand, daß ihre Herstellung dringender war, als die der anderen genannten Strassen, die gewiß auch dzankommen werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Müller (XVII) (Soz. Dem.) referiert über die Holzpflasterherstellung am Freiheitsplatz. Die erforderlichen Mehrkosten von 92 Millionen werden durch ein Ersparnis bei der Asphaltpflasterherstellung in der Garnisongasse gedeckt.

GR. Wawerka (chr. soz.) bespricht verschiedene Mängel der Straßenpflasterung im X. Bezirk, und sagt, man müsse sich nicht nur darum kümmern, daß diese Mängel repariert werden, sondern auch darum, wie die Pflasterungen durchgeführt werden, die Art der Reparatur lasse vielfach sehr zu wünschen übrig.

GR. Müller (XVII) (Schlußwort) bemerkt, daß es sich in diesen Fällen vielfach um Notausbesserungen handelt, die erst später definitiv in Ordnung gebracht werden.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß zu den Postnummern 21 bis 28 keine Wortmeldungen vorliegen, diese daher angenommen sind.

StR. Siegel referiert über bauliche Instandsetzungen im Gesundheitsamt, die einen Kostenbetrag von 12 Millionen Kronen erfordern.

GR. Wielisch (chr. soz.) bemängelt, daß die Adaptierung der Amtsräume erst geschah, nachdem das Amt bereits eingezogen war.

StR. Siegel (Schlußwort): Es handelt sich um einen aussergewöhnlichen Fall, da es des stärksten Drängens der Gemeinde bedurft hat, um die Räume, die vereinbarungsgemäß viel früher hätten geräumt werden sollen, freizubekommen. Deshalb mußten die Räume rasch bezogen und konnten erst dann hergerichtet werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Nach einem Referat des GR. Nachtaebel (Soz. Dem.) wird dem Antrag auf Ankauf von Teilen der Kartoffeltrocknungsanlage in Steinklamm durch die Lagerhäuser der Stadt Wien ohne Debatte zugestimmt.

GR. Breitner berichtet über das Uebereinkommen mit den Franzosen betreffend das Anlegen vom Jahre 1902.

Der Bericht wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

GR. Glöckel als Schriftführerin verliest sodann die Anfrage der Gemeinderäte Skaret, Freundlich und Genossen über die Fleischteuerung und die Antwort des Bürgermeisters.

GR. Kokrda (Soz. Dem.): Die Bevölkerung dieser Stadt hat wieder einmal eine Fleischteuerung zu beklagen. Jeder ist sich über die Ursache dieser Erscheinung klar, die in der mangelhaften Beschickung des Wiener Marktes besteht. Nur eine Wiener Zeitung, die „Reichspost“ hat eine andere Ursache gefunden. Sie behauptete gestern, daß ^{die} Markt- und Schlachtgebühren, die die Gemeinde einhebt, eine der Ursachen der Fleischteuerung seien und daß andererseits die Gemeinde Wien ^{auf} dem Wirtschaftsverband für Viehverkehr, dem sie angehört, nicht den genügenden Einfluß ausübt, um die Verbilligung der Fleischpreise zu bewirken.

Gestatten Sie mir, daß ich zunächst die Gebühren, die die Gemeinde einhebt, kurz darstelle. Diese Gebühren betragen im April: Marktgebühr 8700 K, Stallgebühr pro Tag 700 K, Schlachtgebühr 34.900 K, Beschauggebühr 10.900 K, zusammen 55.200 K für ein Stück Rind. Wenn wir dem gegenüber untersuchen, was die Gemeindeverwaltung vor dem Krieg an Gebühren eingehoben hat, so finden wir: eine Marktgebühr von 2 K, eine Stallgebühr von 20 Hellern, eine Schlachtgebühr von 2 K, zusammen 4 K 20 h in Gold. Dazu kam die Verzehrungssteuer von 14 K, mit dem 30%igen Gemeindezuschlag 18 K 20 h, was zusammen also einen Betrag von 22.40 Goldkronen pro Stück Rind ergab. Auf das Kilogramm Lebengewicht umgerechnet hat die Gebühr im Jahre 1914 4.48 Heller oder 4.9 Prozent betragen. Wenn wir die jetzigen Gebühren auf das Kilo umlegen, so machen sie insgesamt 110 K oder 0.78 Prozent aus. (Hört- Hörtrufe bei den Sozialdemokraten)

Dritter Bogen.

Selbst wenn wir von der Verzehrungssteuer und dem 30%igen Gemeindezuschlag ganz absehen und nur die reinen Marktgebühren von 4.20 Goldkronen umrechnen, so ergibt sich noch immer eine Belastung von 0.84 Prozent im Frieden, gegen eine Gesamtbelastung von 0.78 Prozent heute. Wie der Artikelschreiber der „Reichspost“ demnach zu der Weisheit gelangt ist, daß durch den Abbau der städtischen Marktgebühren eine Verbilligung des Fleisches herbeigeführt werden könnte, ist ein Geheimnis. Und wenn man sagt, daß durch die Ermäßigung einer Gebühr von 110 K für das Kilogramm Fleisch die heutigen Fleischpreise irgendwie nennenswert ermäßigt werden können, so überlasse ich es Ihnen, zu sagen, wie man eine solche Behauptung bezeichnen soll. (Zwischenrufe: Demagogie! Schwindel)

Ich kann aber auch nachweisen, daß wir dort, wo es sich um wirklich ins Gewicht fallende Gebühren handelt, auf die Fleischpreisgestaltung Rücksicht üben. Die Bundesregierung hat noch von der Zeit her, als die amtliche Uebernahmestelle für Fleisch bestand, einen Rest von Gefrierfleisch im Kühlagerhaus der Gemeinde eingelagert. Der Herr Bundesminister Buchinger ist nun an mich herangetreten, die Lagerhausgebühr zu ermäßigen, damit dieses Gefrierfleisch, wenn es abgegeben wird, nicht durch allzu hohe Lagergebühren belastet sei. Im Einvernehmen mit dem Herrn Vizebürgermeister Emmerling haben wir diese Gebühr tatsächlich ganz beträchtlich ermäßigt und der Herr Bundesminister Buchinger hat in einem Schreiben vom 5. Februar uns ersucht, für diesen namhaften Nachlaß für dieses Entgegenkommen den verbindlichsten Dank des Bundesministeriums entgegenzunehmen."

Was nun den Einfluß auf die Fleischpreise anlangt, den die Gemeinde durch den Wirtschaftsverband für Viehverkehr und die Wiener Fleischbänke G.m.b.H. ausüben kann, so hätte der Herr Artikelschreiber es nicht notwendig gehabt, die Frage an mich zu richten, sondern er hätte sich an Herren wenden können, die ihm näher stehen, so z.B. an den Herrn Vizebürgermeister Hoss, der Präsident des Wirtschaftsverbandes und Mitglied des Aufsichtsrats der Fleischbänkegesellschaft ist und der sicher in der Lage gewesen wäre, ihm darüber Auskunft zu geben, wie die Fleischbänkegesellschaft wirkt. Am 4. Dezember v.J., den ich als beliebigen Stichtag herausgreife, kostete das billige Fleisch bei den Privatfleischhauern 12000 bis 17.000 K, bei der Fleischbänkegesellschaft 9.400 bis 14.000 K. Die Fleischbänkegesellschaft hat auch in der Woche vom 5. bis 11. April dieselben Fleischpreise beibehalten wie in der Vorwoche, obwohl inzwischen auf dem Markt eine Steigerung von 2000 K für das Kilo Lebensgewicht eingetreten war. Es wäre daher nur im Interesse der konsumierenden Bevölkerung gelegen gewesen, wenn sie die Verkaufsstände der Fleischbänkegesellschaft noch mehr aufsuchen würde, als es bereits geschieht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Kunschak (chr. soz.): Ich bedauere ganz außerordentlich, daß diese für die Bevölkerung so wichtige Frage durch die Geschäftsordnung eingeengt und 10 Minuten behandelt werden soll. In früheren Zeiten sind solche Angelegenheiten anders behandelt worden. Es wurde ein ausführlicher Bericht des Magistrates erstattet und darüber eine eingehende Debatte abgeführt. Vergleichen wir, was heute vorliegt. Es ist dies nichts weiter als ein sehr klägliches Einbekenntnis, daß der städtische Wirtschaftsreferent nichts mehr weiß, als eine Polemik gegen einen unbekanntem Artikelschreiber vorzutragen. Sie hätten hundert andere Möglichkeiten gehabt, um die Tatsache der Fleischteuerung vor aller Öffentlichkeit zu besprechen. Die Antwort des Herrn Bürgermeisters besagt,

daß er mit Umgehung der Regierung an die rumänische Regierung sich gewendet hat, um die Vieheinfuhr zu erzielen. Angeblich hat der Bürgermeister die Regierung deswegen umgangen, weil er der Auffassung war, daß der diplomatische Weg zu langsam sei. Nun hat die rumänische Regierung erklärt, daß sie in dieser Frage mit dem Bürgermeister allein nicht verhandeln könne.

GR. Eldersch: Sie haben also eine Freude darüber, daß kein rumänisches Vieh hereinkommt!

GR. Kunschak: Ich will feststellen, daß wenn der Herr Bürgermeister sich gleich an die Regierung gewandt hätte, damit der Bevölkerung ein besserer Dienst erwiesen worden wäre.

GR. Bermann: Warum hat Seipel das nicht selbst getan?

GR. Rausnitz: Es ist ein Skandal, daß Sie dazu erst aufgefordert werden mussten.

GR. Kunschak: Ich bedaure es auch, daß der Herr Bürgermeister erst durch eine Interpellation darauf aufmerksam gemacht werden muß. Die Dinge liegen doch so, daß in ^{dieser} ~~der~~ Frage die Einfuhr von ausländischen Vieh und Fleisch das entscheidende ist. Darüber sind sich die Abschlüssen der Volkswirtschaft längst klar, daß die Fleischversorgung Wiens durch die heimische Landwirtschaft allein nicht erfolgen kann.

GR. Bauer: Ihre Bauern führen Vieh aus!

GR. Kunschak: Es gibt in diesen Dingen keinen anderen Weg als den Weg der Verhandlungen und über das Ergebnis der Verhandlungen kann natürlich eine österreichische Stelle, ob das nun der Bürgermeister oder der Bundeskanzler ist, nicht verantwortlich gemacht werden. Mit der rumänischen Regierung hat nicht nur der Bürgermeister, sondern auch unsere Regierung verhandelt. Sie hat nicht nur mit der rumänischen, sondern auch mit der jugoslawischen Regierung und mit Polen verhandelt, damit die Vieh- und Fleischeinfuhr nach Oesterreich durchgeführt wird. Welches Ergebnis herauskommt, dafür kann man die Regierung nicht verantwortlich machen. Der städtische Wirtschaftsreferent hat ferner mit Stolz auf ein Schreiben des Ministers Buchinger verwiesen, in dem für die ^{ermäßigte} ~~die~~ Einlagerung des argentinischen Fleisches der Dank ausgesprochen wird. Ich meine, daß Sie sich darauf nichts zugute dürfen, da die Gemeinde den Fleischimport selbst besorgen müsste und Sie in dieser Frage überhaupt keine diplomatischen Verhandlungen brauchen würden. Sie brauchen sich nur mit argentinischen Schlächtern in Verbindung zu setzen, damit diese auf Rechnung der Gemeinde Fleisch einkaufen, das die Gemeinde dann zu verkaufen hätte. Tun Sie das, was die Regierung tut und wir werden mit vereinter Kraft diese schwierige Frage behandeln. Mit dem Witz, daß die Regierung nicht brav ist, werden Sie der Bevölkerung kein X für ein U vormachen. Die Sorge für die Approvisionierung der Stadt ist eine der obersten Aufgaben der Gemeindeverwaltung und Sie haben diese Aufgabe bisher beharrlich vernachlässigt.

Vierter Bogen

GR Feldmann (Deutschnational) bemängelt die Form für die ganze Frage, die hier behandelt wird. Es mache in der Bevölkerung keinen günstigen Eindruck, wenn man nichts anderes zu sagen weiß, als daß die Partei von links der Partei von rechts die Schuld gibt. Hier müßte ein anderer Weg begangen werden. Durchaus unzweckmäßig sei es, daß der Bürgermeister mit Umgehung der Regierung vorgeht, anstatt ein gemeinsames Einverständnis mit allen beteiligten Faktoren zu suchen, um dem allseitig gewünschten Ziel, das ist die Verbilligung des Fleisches näher zu kommen. Redner bittet den Bürgermeister in dieser Frage die Initiative zu ergreifen und mit der Regierung und den beiden genannten Gesellschaften in Unterhandlungen zu treten, damit mehr Fleisch nach Wien kommt und auf diese Weise eine Verbilligung eintritt.

GR Eldersch (Soz. Dem.) bedauert es, daß GR Kunschak mit einer gewissen Befriedigung konstatierte, daß der vom Bürgermeister gewählte Weg, eigentlich nichts genützt habe, weil er nicht über das Ministerium des Aussen zur rumänischen Regierung führte.

GR Kunschak: Sie sind doch nicht vom Samme See, daß Sie hier mit Dreh's kommen.

GR Eldersch: Sie kommen mit jesuitischen Dreh's, die ebenso verwerflich sind, wie die jüdischen und suchen den Schwerpunkt der Debatte auf ein Nebengeleise zu schieben. Der Bürgermeister hat sich an die rumänische Regierung direkt gewandt, das ist gewiss nur zu begrüßen und vielleicht wird diese Intervention dazu führen, daß Fleisch nach Wien kommt. Die Behauptung, daß die Regierung gegen die Fleischarteuerung alles tue, was in ihren Kräften liegt, ist falsch, denn sie hat beispielsweise die Warenumsatzsteuer eingeführt, die 2 Prozent beim Lebendvieh im Inland und 2½ Prozent bei der Einfuhr von Lebendvieh ausmacht, für das Fleisch berechnet sind das 5 Prozent und dagegen findet die christlichsoziale Partei kein Wort des Protestes, denn sie hat eifrig für die Warenumsatzsteuer geführt. Auf vielen Wurstwaren liegt heute ein Zoll von 5000 K per Kilogramm. Ein ganz unsinniger Zoll. Das geschieht in einem Zeitpunkte der Fleischarteuerung und der Fleischarteuerung, von derselben christlichsozialen Partei, deren Vertreter und Organe über die Gemeindeverwaltung schimpfen, weil sie die Lagergebühren um 78 Prozent erhöht hat. Die Christlichsozialen haben die Zentralen demoliert und alle Einrichtungen, die für die Konsumenten von Nutzen waren. Sie haben außerdem die Möglichkeit eine Frachtermäßigung durchzuführen, aber sie haben die begünstigte Klassifikation für Fleisch und Vieh aufgehoben. Wenn Sie heute gegen die Gemeindeverwaltung Vorwürfe erheben, wenn Sie sich in den besprochenen Weise um Abhilfe der Fleischarteuerung bemühen, so ist das im Licht der Tatsachen eine Demagogie. Die Sozialdemokraten sind gerne bereit, bei einer anderen Gelegenheit, ihr Gewissen ist rein. Zweifellos könnten die Christlichsozialen hier entscheidenden Einfluß ausüben, weil sie die Regierung in der Hand haben und weil sich ja Seipel bei jeder Gelegenheit als der Allmächtige rühmt. Hören Sie auf, die Rettung des Staates in dieser Weise weiter zu betreiben, weil dabei die Bevölkerung unverweigerlich zugrunde geht.

GR Rotter (chr. soz.) erklärt, er müsse sich dagegen verwahren, daß der Bürgermeister in der Beantwortung der Interpellation gegen die Gewerbetreibenden, die Fleischhauer, in feindseliger Weise gewendet habe. Er müsse im Namen der Gewerbetreibenden gegen diese Angriffe des Bürgermeisters als ob die Fleischhauer an der Fleischarteuerung schuld wären, energisch protestieren.

GR Skaret (Soz. dem.) Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß in diesem Saale ein Gemeinderatsmitglied aufsteht, wie dies GR Kunschak getan hat, um dem Bürgermeister einen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich wegen der Versorgung Wiens mit billigem Fleisch an die rumänische Regierung gewendet hat und um dann aber am Schlusse zu erklären, daß es Aufgabe des Bürgermeisters und nicht der Regierung sei, für die Approvisionierung zu sorgen. Erinnern Sie sich an die Zeit, als Sie noch von „Judomagyaren“ gesprochen haben. Damals hat der halbe Gemeinderat auf Kosten der Gemeinde einen Ausflug nach Rumänien gemacht. Und warum? Um freundschaftliche Beziehungen zu Rumänien herzustellen, die helfen sollten, die Wiener Fleischversorgung zu verbessern. Es ist eine unwürdige Art und Weise, die Bevölkerung zu vertreten, wenn heute einer der Ihren aufsteht und sich darüber freut, daß der Bürgermeister bei seiner Intervention zu wenig Erfolg gehabt hat. Man muss sich auch wundern, daß heute aus Ihrem Kreise Ex-offo-Verteidiger der gegenwärtigen Fleischpreise und des Fleischwuchses auftreten. Wer war es denn überhaupt, der zuerst in den Jahren vor dem Krieg den Viehexport Rumäniens nach Oesterreich unterbunden und ruiniert hat? Das waren die oesterreichischen Agrarier zusammen mit den ungarischen Feudalen! Heute sollten wir einmütig sein in dem Wunsch, daß dem Bürgermeister gelingen möge, was durch die Regierung leider nicht geschieht. Denn was wir von dieser Seite hören, sind nichts als Versprechungen und leere Redensarten, weil auch die derzeitige oesterreichische Regierung die Befangene der oesterreichischen Agrarier ist.

GR Körber (chr. soz.) beklagt, daß im Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten über die Ernährungspolitik nicht beraten werde. Die heutige Majorität hat seinerzeit in „Approvisionierung“ debatten stets die schärfsten Töne angeschlagen. Damals war Lueger in einer sehr schwierigen Lage, er befand sich im Gegensatz zur Regierung und damals ist er nach Rumänien gereist. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Mit welchem Erfolg? Mit gar keinem!) Wenn Sie glauben, daß Sie mit der heutigen Anfrage etwas erreichen werden, dann täuschen Sie sich.

GRin Freundlich (Soz. Dem.): Es mag heute jedermann das Gefühl haben, daß diese Anfrage für die Minorität eine sehr starke Verlegenheit ist. Der Herr GR Kunschak, der sonst an Demagogie einiges zu leisten imstande ist, hat sich nämlich auf einige allgemeine Bemerkungen zurückgezogen, ohne auf die wirklichen Forderungen unserer Anfrage einzugehen. Ich stelle fest, daß diese Forderungen sich vollständig mit jenen Wünschen decken, die gestern von der Arbeiterkammer an die Regierung übermittelt worden sind und für die auch der Herr Gemeinderat Unterhilller gestimmt hat.

GR Bermann (Soz. Dem.): Dort hat er keine Unternehmung als Kontrolle!

GRin Freundlich: Wir verlangen, daß die Regierung das tut, was die Gemeinde leider nicht machen kann. Die Ermäßigung der Frachtgebühr ist doch nicht Sache der Gemeinde. Es kommen heute auf 1 Kilogramm Fleisch 1600 Kronen Frachtpesen. Wenn die Regierung davon 1000 K nachläßt, so kann um diesen Betrag das Kilogramm Fleisch ermäßigt werden. Auch die Warenumsatzsteuer wird nicht von der Gemeinde eingehoben. Sie ist eine Seipelsteuer, wurde von den Sozialdemokraten im Parlament bekämpft und mit den Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen angenommen. Wir sind immer dafür eingetreten, daß wichtige Lebensmittel unbesteuert bleiben. Tun Sie sich gar nichts zugute, daß jetzt Gefrierfleisch ausgegeben werden ist. Es muß festgestellt werden, daß dieses Gefrierfleisch bereits 6 bis 8 Monate in Wien lagert und jetzt infolge der wahnwitzigen Fleischarteuerung ausgegeben wurde. Wir haben früher mit Recht vom Bürgermeister verlangt, daß er etwas gegen die Fleischarteuerung vornehme. Früher hätte er das leicht machen können, weil wir

5
ein agrarisches Hinterland gehabt haben, aus dem geschöpft werden konnte. Das ist jetzt weggefallen und es kann heute die Handelspolitik niemals vom Bürgermeister, oder Landeshauptmann, sondern nur von der Regierung gemacht werden. Leider ist aber bisher außer Steuern von der Regierung nichts gemacht worden. Wir verlangen ganz ausdrücklich, daß zur Kontrolle der Fleischpreise auch Experten aus den Konsumentkreisen beigezogen werden, da selbst die „Reichspost“ kürzlich über die hohen Zwischenhandlegewinne der Fleischhauer losgezogen ist. Hier gilt das Sprichwort: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus! Die Ausfuhr von Zuchtvieh muß gleichfalls strengstens kontrolliert werden, da wir erst kürzlich durch Zufall erfahren mußten, daß aus Tirol unter diesem Titel 7500 Stück Vieh, das zum größten Teile Schlachtvieh war, ausgeführt worden ist. Das sind aber alles Dinge, die leider nicht der Landeshauptmann, sondern nur die Regierung durchführen kann. Der Herr Kunschak hat uns heute hier zur gemeinsamen Arbeit eingeladen. Dem gegenüber betont Ihr Führer Seipel, bei jeder Gelegenheit, daß ein gemeinsames Arbeiten mit Sozialdemokraten unmöglich ist. Daher können wir Ihr Anerbieten nicht ernst nehmen. Es ist selbstverständlich, daß

Ihnen unsere Feststellungen höchst unangenehm sind. Denn Sie verteuern mit Ihrer Warenumsatzsteuer den Kindern den Liter Milch um mehr als 20 K, Sie legen eine gewaltige Steuer auf Mehl, Brot und Sauerkraut und holen die Steuern von den ärmsten Bevölkerungsschichten,

während wir die Besitzenden belasten. (Beifall).

GR Rummelhardt (chr. soz.): Es ist ganz unrichtig, daß Sie uns durch diese Anfrage in Verlegenheit gebracht hätten. Ihre Anfrage wird bei der Bevölkerung Erinnerungen erwecken, ^{denn in} vielen Sitzungen des Gemeinderates hat der heutige Bürgermeister nur die Gemeinderatsmehrheit für die Teuerung verantwortlich gemacht. Daran erinnert sich auch die Bevölkerung, so wie sie weiß, daß der frühere Bürgermeister Weiskirchner geheißen hat, weiß Sie, daß er jetzt Reumann heißt. Sie haben frühe Ihre organisierten Frauen auf die Märkte geschickt und haben dort bei jedem Stand sagen lassen, daß an der Teuerung Weiskirchner Schuld sei.

GRin Book (Soz. Dem.): Das haben Sie im Jahre 1920 von Reumann gesagt!

GR Rummelhardt: Sie hätten schon lange Ihren Bürgermeister und Ihren Wirtschaftreferenten wegen der Fleischteuerung interpellieren müssen, denn das Fleisch ist ja nicht erst seit gestern teurer geworden. Im Gegenteil, es ist billiger geworden. Nachdem Sie selbst früher unseren Bürgermeister zur Rechenschaft gezogen haben, wenn eine Teuerung eingetreten ist, so ziehen wir Sie jetzt dafür zur Rechenschaft. Das Volk weiß ganz genau, was das Rathaus in dieser Frage vollständig versagt hat.

GRin Gabriele Proft (Soz. Dem.) verweist auf die Debatte im Budgetausschuss des Nationalrates, in der während vier Stunden über nichts als über Pferdezucht und kein Wort über die Fleischteuerung gesprochen wurde. Die Landwirte vlauben eben, das Landwirtschaftsministerium sei nur eine Einrichtung für die Landwirte, aber nicht für das Ernährungswesen des Staates. Deshalb muss man alle Ausführungen der Opposition hier nur als leere Redensarten betrachten. Wenn Sie soviel Auskunftsmittel kennen, um der Teuerung abzuweichen, mögen Sie diese Mittel in dem anderen Hause betätigen, wo Sie die Mehrheit haben.

Bgm. Reumann: Es ist selbstverständlich, daß von der Gemeinde Wien auf die Beschickung des Wiener Marktes das größte Gewicht gelegt wird. Der erste Schritt in dieser Beziehung ist nicht am 10. Jänner erfolgt, diese Bemühungen datieren auf das Jahr 1922 zurück, wo ich in zahlreichen Konferenzen mit den Bezirkshauptleuten die Beschickung des

Fleischmarktes besprochen und Abmachungen getroffen wurden, die dahin geführt haben, daß der Markt lange Zeit hindurch mit österreichischen Vieh besser beschickt war als früher. Später, als die Beschickung des Marktes mit österreichischen Vieh nachließ, unternahmen wir entsprechende Schritte, um eine reichlichere Zufuhr aus dem Auslande zu bewirken. Von der rumänischen Viehsperre sind wir nicht durch die österreichische Regierung benachrichtigt worden, sondern wir hatten die Kenntnis dieser Tatsache nur einer privaten Mitteilung zu danken. Ich habe keinen Moment gesäumt, an die rumänische Regierung heranzutreten, damit rumänisches Vieh nach Wien geliefert werde. Das war nicht das erstemal. Infolgedessen habe ich mich veranlasst gefühlt, an die rumänische Regierung heranzutreten, daß ein bestimmtes Kontingent auf den Wiener Markt kommt. Gleichzeitig ist auch das Ministerium für Landwirtschaft verständigt worden, d. h., es wurde von uns gewünscht, daß dieser Schritt von der Regierung unterstützt werde. Ob die österreichische Regierung imstande ist, eine solche Beeinflussung der rumänischen Regierung herbeizuführen, will ich bezweifeln. Die rumänische Regierung ist mit der Ausweisung katholischer Kongregationen vorgegangen und das hat eine gewisse Misstimmung zwischen unserer und der rumänischen Regierung hervorgerufen. Aber wir müssen erwarten, daß die österreichische Regierung unser Ansuchen unterstützen wird. Es wurde auch selbst vom rumänischen Ackerbauministerium unterstützt, aber in dem Ministerrate sind die Stimmen derjenigen durchgedrungen, die gegen den Viehexport für den Wiener Markt gestimmt haben. Ich bin überzeugt, daß weitere Verhandlungen dazuführen werden, daß die rumänische Regierung gerade die Gemeinde Wien unterstützen und daß der Beschluß des rumänischen Ministerrates eine Korrektur erfahren wird. Der Marktausweis vom 3. und 4. April zeigte Preise für Lebendgewicht von 1350 ungarischen Kronen, das kommt einem Preis der Schweine von 18.200 bis 18.900 Österr.-Kronen ^{ung.} gleich. Der Schweinefleischpreis in Budapest hat 1300 bis 1600/Kronen betragen, d. i. ein Schweinefleischpreis von 18.200 bis 22.400 Österr.-Kronen. Am Wiener Markt ist aber der Preis in der Woche vom 3. März bis 6. April auf 23.000 bis 26.000 K gestanden, die Fleischpreise haben 32.000 bis 44.000 Kronen betragen. (Hört, hört; bei der Mehrheit) Das sind Spannungen, die durchaus nicht aufgeklärt sind. Wenn also die Marktkommissäre fleißig Erhebungen gemacht haben und sich wenn gleichzeitig Anzeigen gegen einzelne Fleischhauer erstattet worden sind, so ist das nicht ein Kampf gegen die Fleischhauermeister sondern die Erfüllung der Pflicht dieser Amtorgane gewesen. Auch beim Rindfleisch sind die Spannungen zwischen dem österreichischen und ungarischen Markt unverhältnismäßig groß und die Ursachen dieser hohen Spannungen müssen im Interesse der konsumierenden Bevölkerung erforscht werden. Es ist durchaus nicht die Absicht des Wiener Gemeinderates eine sehr eingehende Debatte über die Fleischteuerung vorzuenthalten, sondern die heutige Besprechung soll nur eine Vorbereitung sein, für eine späterhin stattfindende eingehende Debatte. Das Marktkommissariat ist von mir beauftragt alles aufzuwenden und ungerechtfertigte Preistreiberien in Fleisch hintanzuhalten. Ich halte das für meine Pflicht und werde diese Pflicht jederzeit erfüllen. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Sitzung wird sodann geschlossen.